

# VERTRAULICHE MITTEILUNGEN®

AUS POLITIK, WIRTSCHAFT UND GELDDANLAGE

REDAKTION/ABONNEMENTVERWALTUNG  
BUCHVERSAND

D-78266 BÜSINGEN  
D-27315 HOYA / POSTFACH 1251

TELEFON (0 77 34) 60 61  
TELEFON (0 42 51) 5 61

TELEFAX (0 77 34) 71 12  
TELEFAX (0 42 51) 30 70

gegründet am 1. Januar 1951 von Artur Missbach

## 1 *Sehr geehrte Damen und Herren,*

einer älteren Dame aus Hamburg kam ihre Begegnung mit einem dunkelhäutigen Jungen von elf Jahren „teuer“ zu stehen. Weil er die Frau nicht mit dem Fahrrad passieren lassen wollte, klingelte diese mehrmals. Darauf sagte er: „Was willst Du denn, Du Nutte?“ Die Rentnerin konterte, indem sie den kleinen Flegel als „Neger“ bezeichnete. Das hätte sie besser nicht tun sollen – das Amtsgericht brummte ihr hierfür eine Geldstrafe von 100 Euro auf. Nach der Überzeugung der zuständigen Richterinnen sei nämlich der Ausdruck „Neger“ verletzender als das Schimpfwort „Nutte“. Auch das ist Deutschland im Jahr 2017 . . . (tb)

## 2 *„Vor der Türkei liegen wieder dunkle und verlorene Jahre“*

Schon vor dem knappen (oder auch nur „knapp behaupteten“) Ausgang der Verfassungsänderungs-Abstimmung in der Türkei beurteilte das Auswärtige Amt die Lage von Demokratie und Menschenrechten in der Türkei deutlich kritischer, als die Bundesregierung dies öffentlich einzuräumen bereit war. Dies geht aus einem internen Lagebericht des Außenministeriums von Ende Februar 2017 eindeutig hervor. Darin ist u.a. die Sprache von einer „zunehmenden Einschränkung der Meinungs- und Pressefreiheit“, einer für „persönliche Machtinteressen“ mißbrauchten Justiz sowie von den Zweifeln gut orientierter Beobachter an den Behauptungen der türkischen Führung, nach denen der mißlungene Putsch maßgeblich von Anhängern der geächteten „Gülen-Bewegung“ betrieben worden sei.

Die jetzt nach dem Referendum entstandene Situation wird die innere Zerrissenheit der Türkei nur noch verstärken. Doch sie ist gleichzeitig auch in der Lage, manchen westlichen Beobachtern und Politikern die Augen zu öffnen. Weitere Verhandlungen über einen EU-Beitritt verbieten sich mit der jetzigen Türkei gewissermaßen von selbst und ausländische Investoren fühlen sich zunehmend verunsichert, was der ohnehin maroden türkischen Wirtschaft zusätzlich schadet. Gleichzeitig steigt die Gefahr neuer kriegerischer Konflikte. Wie jedes andere halbwegs despotische Regime wird auch die türkische Regierung unter Recep Tayyip Erdogan sich der Versuchung ausgesetzt sehen, große Teile des Volkes wieder zu einen, indem ein „großer Feind“ präsentiert wird. Eine kriegerische Neuaufgabe des Kurdenkonfliktes ist die größte der daraus resultierenden Gefahren.

„Vor der Türkei liegen wieder dunkle und verlorene Jahre“, kommentierte dazu kürzlich die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“: „Dies gilt für die Zeit der Herrschaft des machtbesessenen Erdogan ebenso wie später für dessen Nachfolger, der aber vermutlich nicht wie dieser das Spiel auf der Klaviatur der Macht beherrscht.“ Dem ist nichts hinzuzufügen. (tb)

## 3 *„Ihr führt ein Wahrheitsministerium nach George Orwell ein“*

Anfang April sprach der italienische Europaabgeordnete Matteo Salvini (Lega Nord) anlässlich einer Debatte über neue Internet-Kontrollmaßnahmen vor dem Europäischen Parlament Klartext. Nachstehend geben wir einige Kernsätze wieder:

„Wenn das europäische Volk gegen islamischen Terrorismus ist, bedeutet das, es ist islamophob? Ist es gegen die Homo-Adoption, bedeutet das, es ist homophob? Es ist für die Schließung von Sinti- und Roma-Camps oder für die Beendigung der Flüchtlingsinvasion, bedeutet das, sie sind gleich Rassisten? Nein, das bedeutet, sie haben einen gesunden Menschenverstand und sind freie Menschen. Euch (Salvini meinte die Mehrzahl der anderen Abgeordneten, die Red.) geht es schlecht, weil Ihr es nicht mehr schafft, alle Zeitungen, Nachrichten- und Rundfunkstationen zu kontrollieren. England hat gewählt, wie es wollte, die USA haben gewählt, wie sie wollten, Italien hat gewählt, wie es wollte. Und Ihr seid am Durchdrehen.“

Und er fügte an: „Also was laßt Ihr euch einfallen? Knebel auf Facebook. Knebel im Internet. Strafen, fünf Millionen, fünfzig Millionen. Ihr führt ein Wahrheitsministerium nach George Orwell ein. Ein Propaganda-Ministerium. Ich warte nur darauf, daß das EU-Parlament auch noch eine Psycho-Polizei einführt, um nicht ganz Linientreue zu verfolgen, die von den einzig zulässigen Gedanken abweichen.“

Soweit der italienische EU-Abgeordnete, dessen Worte – denen man nicht Wort für Wort zustimmen muß – einfach im Raum stehen bleiben sollen . . . (tb)

#### 4 Polen sucht Verbündete EU-Partner gegen North Stream 2

Der größte Nettonutznießer Europas, Polen, sucht innerhalb der Europäischen Union Partner, die ihm bei der Verhinderung von North Stream 2 helfen. Die Energiepipeline, die Deutschland an die Rohstoffdepots Russlands anbinden würde und damit die Energieversorgung Deutschlands und damit ganz Europas sichern könnte, soll von Polen mit Unterstützung Amerikas verhindert werden. Den beiden besonderen „Freunden“ Deutschlands und Europas geht es in erster Linie darum, eine Erpressbarkeit Deutschlands auch in diesem Bereich sicherzustellen.

North Stream 2 würde Deutschlands und Europas Energieversorgung auch gegen den Willen Polens sichern und damit jeden polnischen „Erpressungsversuch“ – wie er in der Vergangenheit öfter vorgekommen ist – ins Leere laufen lassen. Sowohl Polen als auch die USA stören sich nach wie vor an einer möglichen „Energiesicherheit“ Deutschlands ohne ihre Einflußmöglichkeiten. Mit Hilfe korrumpierbarer EU-Funktionäre wollen sie deshalb das Pipelineprojekt noch in letzter Minute verhindern. Daß sich der mit Abstand größte EU-Nettozahler dies gefallen lässt und sich gegen den mit Abstand größten Nettonutznießer Europas nicht energischer durchsetzt, ist an sich schon ein Skandal. Derartige Deutschland- und Europa-schädliche Entscheidungen dürften allerdings unter einem möglichen Kanzler Martin Schulz noch viel schlimmer werden. Dieser hat bereits als EU-Parlamentarier und Präsident nur allzu oft bewiesen, daß er Deutschlands Interessen zugunsten anderer zu verraten bereit ist. (eh)

#### 5 Spanische Banco Popular mit Milliardenverlust

Die spanische Großbank Banco Popular hatte bereits für das Jahr 2016 einen Rekordverlust von 3,5 Mrd. Euro ausweisen müssen. Für 2017 dürfte die Bank nach Analystenmeinungen ebenfalls Verluste schreiben. Dies liegt vor allem daran, daß die Bank deutlich mehr „faule Kredite“ in ihrem Portfolio hält als andere Institute. Der ehemalige Deutsche Bank-Manager Pedro Larena verlässt nun nach lediglich eineinhalb Jahren – und sobald ein Nachfolger gefunden ist – das Geldhaus wieder. In der Begründung heißt es „aus rein persönlichen Gründen“.

In Spanien wurde besonders viel im Immobilienbereich investiert, was hohe Preissteigerungen verursachte. Ein nicht unerheblicher Teil dieser Immobilienkredite ist nunmehr notleidend, weil z.B. konfiskatorische Steuergesetze (Zweit- bzw. Ferienwohnsitzsteuer) oder rechtliche Probleme wie mit MigrantInnen, die Ferienhäuser einfach besetzen und nicht ausgewiesen werden dürfen, den Eigentümern nun Zusatzkosten aufbürden, mit denen nicht kalkuliert worden ist.

Ebenfalls nicht wenige Eigentümer haben Immobilien an der Küste übersteuert gekauft und können heute die notwendigen Raten nicht mehr bedienen, weil Jobverlust oder Ähnliches die persönlichen Budgetplanungen durcheinandergeworfen haben. Viele Immobilien sind aber auch im Preis zusammengebrochen, weil Eigentümer von Wohnungen, die mit Meerblick verkauft worden sind, plötzlich feststellen mussten, daß doch noch eine Häuserreihe den Seeblick versperren kann. Ein weiteres Problem entsteht in denjenigen Orten, in denen die Gemeindekassen wegen eingebrochener Einkommens- und Gewerbesteuern leer sind und die Einnahmen nicht mehr ausreichen, um die lieb gewonnenen Ausgaben auch weiterhin zu decken.

In den vergangenen Jahren konnten diese Kommunen Ausgaben und Schuldendienst noch teilweise finanzieren, weil ihr „Freund und Helfer“ bei der EZB, Mario Draghi, auch diese faulen Kredite auf Kosten aller Euro-Halter übernahm. Doch nun bremst die Verfügbarkeit deutscher Anleihen den Kauf fauler südeuropäischer Anleihen. Wesentlicher Teil des Kompromisses zur Staatsfinanzierung per Druckerpresse durch die EZB war nämlich, daß Staatsanleihen im Proporz der Größe der Mitgliedsländer gekauft werden mussten. Entsprechend mussten am meisten deutsche Anleihen aufgekauft werden, die aber mittlerweile Mangelware geworden sind.

Wenn die spanischen Banken schon bei einem historischen Zinstief wegen ihrer faulen Kredite in Schwierigkeiten geraten ist abschätzbar, daß bei wieder steigenden Zinsen die Finanzkrise heftiger denn je nach Spanien zurückkehren wird. Die Banco Popular dürfte dann eines der ersten (und noch kleineren) Institute sein, welches – nach entsprechenden „Hilfsmaßnahmen“ – voraussichtlich abermals auf europäische Steuerzahlerkosten die Insolvenz hinausschieben können wird. Dennoch wird dies dann der erste wichtige Warnhinweis für zukünftige Bankenzusammenbrüche in Südeuropa sein. (eh)

#### 6 Hamburg: G20-Gipfel wirft seine Schatten voraus

Das auf den 7. und 8. Juli terminierte G20-Gipfeltreffen in Hamburg wirft seine Schatten voraus. Die in diesem Zusammenhang harmloseste Nachricht war gewiß die Meldung, daß manche Luxushotels der Hansestadt keine Bereitschaft zeigten, US-Präsident Donald Trump zu beherbergen. Diese Absagen hatten aber nichts mit der Person des Präsidenten zu tun, sondern resultierten aus der Sorge und Angst vor den Umständen und Gefahren, mit denen auch diese „politische Großveranstaltung“ verbunden sein wird.

Im Vorfeld wurde bereits bekannt, daß für die Zeit kurz vor und nach dem Gipfeltreffen einige Strafgefangene aus den hamburgischen in schleswig-holsteinische Gefängnisse verlegt werden sollen. Man möchte auf diese Weise Platz schaffen für die erwarteten „Störenfriede“. Offenbar teilen die verantwortlichen Behörden die vom Bund Deutscher Kriminalbeamter befürchtete Mobilisierung der gewaltbereiten linken Szene. „Die politische Entscheidung, den G20-Gipfel in Hamburg stattfinden zu lassen, wird die Stadt womöglich teuer zu stehen kommen“, heißt es seitens der Gewerkschaft. Die längst vorgetragenen Bedenken seien von den verantwortlichen Politikern mit einer Art „Basta-Rhetorik“ beiseite gewischt worden.

Ohne starke Unterstützung von anderen Bundesländern und durch die Bundespolizei, da sind sich die Gewerkschafter ganz sicher, können die Hamburger Sicherheitskräfte diese Veranstaltung nicht hinreichend „begleiten“. Der Personalbedarf wird mitten in der Urlaubszeit entstehen . . . (tb)

## 7 Die Hochburgen der Erdogan-Anhänger

Bei der (angeblichen) Abstimmung über die türkischen Verfassungsänderungen fiel auf, daß unter den in den westeuropäischen Ländern lebenden Türken die Zustimmungquote höher war als im Lande selbst. Dies ist zum einen auf die Tatsache zurückzuführen, daß die „Auslands-Türken“ in der Mehrzahl aus dem Landesinneren stammen und weniger aus den traditionell weltoffeneren Küstenregionen. Zum anderen geben auch manche Experten zu bedenken, daß sich viele der in Westeuropa lebenden Türken in einer weitgehend „abgeschlossenen“ Gesellschaft bewegen. Von der Politik und den ihre Gastländer bewegenden Problemen erfahren sie nur wenig und die sie erreichenden türkischen Zeitungen und Satellitensender sind bis auf Ausnahmen staatsgelenkt. Dies ist nicht zuletzt das Ergebnis einer über Jahrzehnte nicht betriebenen oder verfehlten Integrationspolitik. Im Hinblick darauf mehren sich nunmehr diejenigen kritischen Stimmen, die vor einer Wiederholung dieses schwerwiegenden Fehlers bei den jetzt im Zuge der Flüchtlingswelle nach Westeuropa strömenden Menschen warnen. (tb)

## 8 „Außerhalb“ der Flüchtlingsstatistik

Laut einem internen Papier der Bundesregierung leben derzeit fast 270 000 Syrer unter „subsidiärem Schutz“ in Deutschland, die gleichwohl das grundsätzliche Recht genießen, ihre Angehörigen nachzuholen. Die „Aussetzung des Familiennachzugs für zwei Jahre“, die nach dem deutschen Aufenthaltsrecht eigentlich für den „subsidiären Schutz“ ohne Zuerkennung des vollen Flüchtlingsstatus vorgesehen ist, gilt nach Auffassung der Regierungsexperten für diese Syrer nämlich nicht.

Das Ausmaß des nun möglicherweise bevorstehenden Familiennachzuges ist nicht seriös abschätzbar. Die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bereits geäußerte Vermutung, daß im Schnitt nur eine Person „nachreisen“ dürfte, wird von den meisten Experten zumindest hinter vorgehaltener Hand als nur wenig realistisch eingestuft. Zum einen seien noch lange nicht alle vorliegenden Asylanträge bearbeitet worden und zum anderen gestaltete sich bei den bereits bearbeiteten Fällen die Abgrenzung des in Syrien verbliebenen Familienkreises als zuweilen schwierig. Viele „Syrer“ seien beispielsweise ohne Papiere nach Deutschland gekommen, was jetzt die Eingrenzung des Verwandtenkreises zusätzlich erschwert . . .

Vor diesem Hintergrund wird auch verständlich und deutlich, daß die offiziellen Asylantragszahlen das tatsächliche Ausmaß des Deutschland fordernden Migrationsdrucks nur unzureichend wiedergeben. „Familiennachzügler“ tauchen beispielsweise in der Statistik nicht als Asylbewerber auf, weil sie selbst keine Anträge stellen. Gleiches gilt auch für die im Rahmen des sogenannten „Türkei-Deals“ übernommenen Migranten oder für die im Rahmen vereinbarter EU-Quoten umzusiedelnden 160 000 „Kontingent-Flüchtlinge“, von denen wegen des weitgehenden Boykotts der mittel- und osteuropäischen Staaten ein erheblicher Teil nach Deutschland gelangen dürfte.

Die damit verbundenen Kostenschätzungen werden noch wie ein Staatsgeheimnis gehütet. Weil – so ist es aus „internen Quellen zu vernehmen – viele dieser „Nachzügler“ gleich „in Hartz IV landen“ werden, dürften die Jahreskosten pro Person mindestens bei rund 15 000 € liegen. Geht man alles in allem von einem „Nachzug“ von lediglich 500 000 Personen aus (es können aber noch viel mehr sein), ergibt dies eine jährliche, **zusätzliche** Kostenbelastung von 7,5 Milliarden Euro. Diese schon jetzt absehbare „Realität“ wird den Bürgern und Steuerzahlern voraussichtlich schon bald nach der Bundestagswahl präsentiert werden! (tb)

## 9 Die Bundesregierung privilegiert „Flüchtlinge“ bei Unis

Die Bundesregierung bevorteilt auf Steuerzahlerkosten die als „Flüchtlinge“ getarnten Migranten. Mehr als 100 Mio. Euro Steuergelder werden dazu verwendet, dieser privilegierten Gruppe nicht nur den erleichterten Zugang zu Universitäten und damit die Benachteiligung deutscher Studienbewerber zu ermöglichen, sondern man übernimmt auf Steuerzahlerkosten Semesterbeitrag, freie Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel (Semesterticket) etc. Es geht also nicht nur nach Leistung, sondern nach Herkunft, um von der Bundesregierung privilegiert zu werden – ein weiterer Lebensbereich, in dem die Urbevölkerung gegenüber den Migranten diskriminiert und dafür ausgeplündert wird. Im Vergleich dazu muss ein Student, der aufgrund seiner persönlichen Leistungsfähigkeit eine Universität besuchen kann, einen Semesterbeitrag (z.B. 234,42 Euro in Köln) und ein sogenanntes Semesterticket für die Benutzung des öffentlichen Personennahverkehrs (zwischen 100,- und 250,- Euro), also insgesamt etwa 500,- Euro pro Semester bezahlen. Schlimmer noch ist, daß per Numerus clausus deutschen Studienbewerber Plätze vorenthalten werden, weil mittlerweile ein Kontingent für die als Flüchtlinge getarnten Migranten vorbehalten wird, ohne daß diese den normalen Leistungsansprüchen genügen müssen. Für den gesamten defizitären Uni-Betrieb müssen schließlich alleine die deutschen Steuerzahler und damit die diskriminierte Bevölkerung aufkommen. (eh)

## 10 Ausbildung von 10 000 Propaganda-Kämpfern für Berlin

Das umstrittene Netzwerk „Aufstehen gegen Rassismus“, welches überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanziert wird, will bis zur Bundestagswahl in Seminaren mindestens 10 000 Stammtisch-Propagandisten ausbilden. Diese sollen rhetorisch geschult werden, um mit Plattitüden, Taktiken und rhetorischen Raffinessen Stammtischdiskussionen an sich zu reißen, konservative Ideen lächerlich zu machen oder politisch Andersdenkende zu diffamieren und auszugrenzen. Das unter anderem von den Gewerkschaften wie ver.di unterstützte Projekt soll Berlins Regierenden langfristig die Macht sichern. Interessant ist, daß die Großen Koalitionäre zusammen mit den Grünen offenbar befürchten, die Deutungshoheit über Inhalte verloren zu haben, von den Wählern fast unerwünscht zu sein und mit ihren Phrasen diese nicht mehr ausreichend zu erreichen. Sie sehen es deshalb als wichtig an, meinungsbildende Gruppen zu zerschlagen und mit Hilfe von „Propaganda-Kämpfern“ kein „andersdenkendes“ Meinungsbild in der Bevölkerung aufkommen zu lassen. Bislang waren wir solche Methoden in einer Demokratie noch nicht gewohnt! (eh)

## 11 Italien will „Tafelsilber“ verscherbeln

Das italienische Wirtschaftswachstum ist derzeit so schwach wie in fast keinem anderen Euroland. Hinzu kommt mit mehr als 130 % des Brutto sozialproduktes eine extrem hohe Staatsschuldenquote, die nur noch von Griechenland „übertroffen“ wird. Weil die Aussichten für das weitere Wirtschaftswachstum eher noch schlechter werden (und damit die Steuereinnahmen weiter sinken lassen), erwägt man in Rom neben außerplanmäßigen Ausgabenkürzungen nunmehr den Verkauf von Teilen des „Tafelsilbers“. Es geht dem Vernehmen nach um Beteiligungen an Kreditinstituten (Cassa Depositi e Prestiti), der Post, einem Stromkonzern (Enel), dem Ölunternehmen Eni und dem Rüstungsproduzenten Leonardo (ehemals Finmeccanica). Ob diese in der italienischen Öffentlichkeit durchaus umstrittenen Privatisierungsschritte allerdings noch vor den Parlamentswahlen in etwa einem Jahr vollzogen werden, bleibt gleichwohl fraglich.

Harte Einschnitte wird es dagegen auf jeden Fall bei der Pleitebank Monte Paschi geben. Statt der im bisherigen „Rettungsplan“ vorgesehenen 2400 Entlassungen sollen es nach den Vorstellungen der zustimmungspflichtigen EU-Kommission nunmehr bis zu 5000 werden. Deren Zustimmung ist wiederum eine unabdingbare Voraussetzung für die bei der „Rettung“ fest eingeplanten Staatshilfen. Nach Schätzungen der Europäischen Zentralbank braucht Monte Paschi bis zu 9 Mrd. €, die zu etwa 70 % vom italienischen Staat (und damit den EU-Steuerzahlern) zur Verfügung gestellt werden sollen. (tb)

## 12 WikiLeaks: Absichtlich Schwachstellen in Smartphones

Dem berühmtesten Whistleblower, Edward Snowden, zufolge sei es von der US-Regierung „unvernünftig“, absichtlich Schwachstellen in Smartphones zu verlangen. WikiLeaks-Enthüllungen zufolge verlangte die CIA von Smartphone-Herstellern, „absichtlich“ Schwachstellen vorzuhalten, über die die amerikanischen Geheimdienste jederzeit die Kontrolle über die Smartphones bzw. deren Inhalte übernehmen können. Dies sei laut Edward Snowden „unvernünftig“, weil so eben auch fremde Hacker persönliche Daten der Benutzer sowie deren Gespräche „abhören“ und „stehlen“ können.

Die Enthüllungen bestätigen nunmehr seit langem gehegte Vermutungen über die Unsicherheit der Smartphones. Besondere Bedeutung bekommen diese Schwachstellen nun, wenn Smartphones zukünftig auch zum Bezahlen, zur Identifikation oder als persönlicher Schlüssel für viele persönliche Zugänge im Leben genutzt werden sollen. Besonders die sogenannten „Kryptowährungen“ wie z.B. Bitcoin müssen vor dem Hintergrund dieser Erkenntnisse über die Unsicherheit von Smartphones neu bewertet werden. Wenn die Kontrolle über das Smartphone von außen übernommen werden kann, Bitcoins aber auf dem Handy verwaltet werden, kann eigentlich niemand das Risiko eingehen, sein Vermögen in Bitcoins anzulegen. Damit scheiden Bitcoins gegenüber Gold als echte Alternative aus, sind bestenfalls ein Ersatz für die schlecht verwalteten Papierwährungen auf dieser Welt. (eh)

## 13 Letzter „Hinweis auf Hamer“

Für die „Hamer-Veranstaltungen“ in München (5.5.2017) und Hannover (12.5.2017) sind noch wenige Plätze zu vergeben. Interessenten wenden sich bitte kurzfristig an unseren Buchversand in Hoya (Tel. 0 42 51 / 5 61, Fax: 0 42 51 / 30 70, E-Mail: buchversand@vertrauliche-mitteilungen.de), wo man Ihnen gerne und unkompliziert weiterhelfen wird. (tb)

## 14 „Ruhe vor dem Sturm“

An den internationalen Finanzmärkten herrscht derzeit eine „Scheinruhe“, die manche kritische Beobachter bereits als „Ruhe vor dem Sturm“ einschätzen. Tatsächlich bestehen die möglichen „Krisenauslöser“ (z.B. die maroden Kreditbücher insbesondere der südeuropäischen Banken, die ausufernde Geldmenge oder die aus manchen wettähnlichen Finanzderivaten resultierenden Gefahren) nach wie vor und Besorgnis ist nicht in Sicht.

Auch bei der Bankwahl ist deshalb Diversifizierung nach wie vor das Gebot der Stunde! Während in Deutschland dabei Institute der verschiedenen Bankengruppen (Sparkassen, Volks- und Raiffeisenbanken, Privatbanken) Berücksichtigung finden sollten, kann und sollte man ab einer möglichen Anlagehöhe von umgerechnet etwa 20 000 € auch über einen „Gang“ ins Ausland nachdenken. Für deutsche Anleger empfiehlt sich dafür nach wie vor die Schweiz. Sie ist „direkt nebenan“ gelegen und bietet den Anlegern eine hohe Rechtssicherheit.

Unser Haus pflegt seit Jahrzehnten eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit einer kleineren, grenznah gelegenen Schweizer Bank, bei der die Leserinnen und Leser der „Vertraulichen“ erklärtermaßen gerne gesehene Kunden sind. Zu den Charakteristika dieser Bank zählen u.a. eine volle Staatshaftung, eine stattliche Eigenkapitalquote von rund 12 % sowie der selbsterklärte Verzicht auf zu risikoreiche Geschäfte. Auf Wunsch teilen wir Ihnen gerne den Namen der Bank und des zuständigen Mitarbeiters mit. Bitte, senden Sie dazu einen an Sie adressierten und mit 0,85 € frankierten Rückumschlag an die Redaktion der „Vertraulichen“ in D-78266 Busingen. (tb)

## 15 Für Sie aufgelesen:

„Der Groschen, der bei der Regierung fallen soll, kann auch nur geliehen sein.“

Herausgeber: Verlag Arbeit und Wirtschaft – Verlag und Versand – OHG, Postfach, D-78266 Busingen. Bankverbindung: Sparkasse Engen-Gottmadingen DE11 6925 1445 0008 1044 40 (BIC: SOLADES1ENG). Verantwortliche Redakteure: Dipl.-Ök. Thomas Brüggemann (tb), Dr. Eike Hamer v.V. (eh).

Druck: Adam Prettenhofer GmbH & Co. KG, D-27322 Eystrup. Wir geben unsere Meldungen, Auskünfte und Empfehlungen nach bestem Wissen. Haftungsansprüche sind außer bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit ausgeschlossen und verjähren in 6 Monaten, nachdem von den sie begründenden Umständen Kenntnis erlangt wurde, spätestens aber in 3 Jahren.